

## *Einleitung*

China scheint dank seiner ökonomischen Dynamik tatsächlich auf dem Weg zu „Prosperität und Macht“, den erklärten Zielen aller chinesischen Modernisierungsbefürworter seit dem 19. Jahrhundert, zu sein. Damit ist die Wiedergewinnung einer zentralen, machtvollen Position Chinas im internationalen System in den Augen vieler Chinesen, aber auch vieler westlicher Kommentatoren nur noch eine Frage der Zeit.

Chinas Ökonomie hat seit den 1990er Jahren eine faszinierende Anziehungskraft ausgeübt. In dieser Zeit ist in kein anderes Entwicklungs- oder Schwellenland mehr ausländisches Kapital geflossen als nach China. China ist zudem mittlerweile die drittgrößte Handelsmacht und viertgrößte Volkswirtschaft der Welt. Die chinesische Regierung nutzt den wirtschaftlichen Aufstieg, um beharrlich auf eine Aufwertung des internationalen Status hinzuarbeiten. Chinas Außenpolitiker vermeiden trotz gelegentlicher offener Konflikte eine Verhärtung der Fronten gegenüber den westlichen Staaten, kultivieren ihren Einfluss auf die ostasiatischen Nachbarstaaten, verstärken die diplomatischen Avancen gegenüber Russland sowie den zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und sind mit einer regen Besuchsdiplomatie auch in Lateinamerika und Afrika stark engagiert. Als Inhaber eines ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat ist die VR China in vorderster Front am internationalen Konfliktmanagement beteiligt. Kaum ein größerer internationaler Problembereich – gleich ob in sicherheits-, bevölkerungs- oder umweltpolitischen Fragen – kann ohne Zustimmung oder Mitarbeit der chinesischen Führung angegangen werden. [...]

### *3 Neuorientierungen in Chinas Außenpolitik*

Offizielle chinesische Darstellungen verweisen unter dem Schlagwort der „unabhängigen Außenpolitik des Friedens“ auf eine grundlegende Kontinuität seit Beginn der Reformperiode im Jahr 1978. Die schon unter Deng Xiaoping eingeleitete und seit den 1990er Jahren rasch fortschreitende Einbeziehung Chinas in transnationale Handels- und Kapitalströme, die im Gegensatz zur Mao-Ära deutlich in den Hintergrund gerückte Sorge um Chinas militärische Sicherheit und der trotz der Ökonomisierung der Außenbeziehungen dominierende Primat von Fragen der nationalen Souveränität und territorialen Integrität weisen in der Tat in diese Richtung. Gleichwohl lassen sich zahlreiche Neuerungen bzw. Akzentverschiebungen in der Außenpolitik sowohl unter Jiang Zemin als auch unter Hu Jintao (seit 2003) erkennen, die über einige der vorher prägenden Grundannahmen, Ziele und Instrumente der chinesischen Außenpolitik hinausgehen. [...]

## ***4 Grundzüge der Sicherheitspolitik***

### *4.1 Bedrohungsperzeption und Militärstrategie*

Welche internationalen Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen in die Formulierung der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik eingehen, wird in den vom Informationsbüro des Staatsrates alle zwei Jahre veröffentlichten „Weißbüchern“ zur Landesverteidigung (Chinas Verteidigung 2006, 2004) dargelegt und ist in der westlichen Literatur eingehend analysiert (Craig 2007, Chambers 2007). Auch wenn einzelne ideologische Konzepte (Unterscheidung von Haupt- und Nebenwidersprüchen, Kritik an Hegemonialismus und Großmachtallianzen) seit Jahrzehnten zum Standardrepertoire außenpolitischer Stellungnahmen zählen, haben sich in der konkreten Einschätzung der sicherheitspolitischen Lage doch bedeutsame Änderungen ergeben. Die bis zum Ende der 1980er Jahre dominierende Furcht vor einem großen Landkrieg oder einem nuklearen Angriff seitens der UdSSR bzw. der USA spielt keine Rolle mehr. Stattdessen wird in chinesischen Analysen heute generell das Zusammenwirken von inneren und äußeren Risiken sowie traditionellen und nicht-traditionellen Bedrohungen als zentrale Herausforderung identifiziert. Insbesondere bei den nicht-traditionellen Gefährdungen (transnationaler Terrorismus, grenzüberschreitender Drogenschmuggel, ansteckende Krankheiten, Waffenproliferation, Piraterie) sind Parallelen zu entsprechenden in westlichen Staaten vorgenommenen Bedrohungsanalysen festzustellen. [...]

## *8 Chinesisch-amerikanische Beziehungen*

Die Beziehungen zu den USA sind seit der Auflösung der Sowjetunion der bei weitem wichtigste außenpolitische Bezugspunkt Chinas. Noch zu Zeiten des Kalten Krieges machten die chinesisch-amerikanischen Beziehungen eine fundamentale Verschiebung von Konfrontation und Feindseligkeit (vom Koreakrieg 1950 bis zur Annäherung 1971) hin zur strategischen Kooperation gegenüber der Sowjetunion (1971-1989) durch. Mit dem Ende des Kalten Krieges verlor die bilaterale Kooperation die einigende Zielsetzung. Seitdem sind wiederkehrende heftige Schwankungen in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen zu beobachten, die von der innenpolitischen Dynamik und von Perzeptionsverschiebungen in beiden Ländern sowie von militärischen Vorfällen (1996, 1999, 2001, vgl. Übersicht 1 in der Einleitung) verursacht wurden. Für das Verständnis dieser Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Konkurrenz und Kooperation sind die jeweils spezifischen Interessenkonstellationen maßgeblich. [...]

## *9 Chinas Beziehungen zu Europa und Deutschland*

Das chinesisch-europäische Verhältnis weist einige Parallelen auf zu den gerade dargestellten chinesisch-amerikanischen Beziehungen. Dies gilt zunächst für die hohe Bedeutung der ökonomischen Interdependenz bei gleichzeitig in den letzten Jahren deutlich gestiegenem Spannungspotenzial in außenwirtschaftlichen Fragen. Zudem teilen die USA und die europäischen Regierungen einige grundsätzliche Ziele in ihrer China-Politik (Grant/Barysch 2008; Gill/Murphy 2008): China soll als berechenbarer und verantwortungsbewusster Akteur in die internationalen Beziehungen eingebunden werden, sein politisches System soll sich öffnen und demokratisch-rechtsstaatlichen Prinzipien folgen; Chinas wirtschaftliche und soziale Modernisierung soll zudem ohne drastische Einbrüche fortgeführt werden.

Über diese Gemeinsamkeiten hinaus sind die chinesisch-europäischen Beziehungen jedoch durch besondere Wahrnehmungs- und Interaktionsmuster sowie Interessenkonstellationen gekennzeichnet, die sich aus der eigentümliche Rolle der EU in der internationalen Politik ableiten. [...]